

„Bodentruppen sind keine Option“

RAVENSBURG - Der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Aalen-Heidenheim, Roderich Kiesewetter

(CDU, Foto: dpa),



hat sich dafür ausgesprochen, das deutsche Engagement im Kampf gegen den Islamischen Staat auszuweiten. Daniel Häfele hat nachgefragt, wie das aussehen könnte.

Wie könnte sich Deutschland im internationalen Kampf gegen den IS mehr einbringen?

Zunächst sollte sich die Bundesregierung für ein Mandat der Vereinten Nationen einsetzen, damit wir nicht gegen das Völkerrecht verstoßen. Das sieht sehr gut aus, weil Russland offensichtlich seine Vorbehalte dagegen aufgibt. Bei den Luftschlägen könnte die Bundeswehr mit Aufklärungs-Tornado-Flugzeugen einen sehr guten Beitrag leisten. Aufklärungsflugzeuge deshalb, weil wir die besten Zielkameras im Vergleich zu unseren Nachbarn haben. Bombenflugzeuge gibt es dort bereits genug, aber die Zielaufklärung ist schlecht. Mit unseren Daten könnten die Franzosen gezielter gegen den IS vorgehen.

Inwiefern sind deutsche Bodentruppen in Syrien eine Option?

Bodentruppen sollten für westliche Staaten grundsätzlich keine Option sein. Denn das führt zu einem Stellvertreterkrieg „Christen gegen Muslime“. Bodentruppen müssen unbedingt aus den Golfstaaten oder der Arabischen Union kommen, weil der IS den Einsatz westlicher Truppen zu einem Kreuzzug gegen das Christentum stilisieren würde.

Sie fordern auch mehr Engagement im Irak, Libanon und Jordanien. Was muss getan werden?

Im Irak unterstützt die Bundeswehr bereits die kurdischen Peschmerga mit Waffen und Ausbilden, was weiter intensiviert werden sollte. In Jordanien und im Libanon sind das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz und die Malteser sehr stark engagiert. Diese können aber keine Grenzen sichern. Deshalb müssen wir überlegen, ob wir dazu von Deutschland aus eine europäische Initiative starten. Nur wenn die EU diese Staaten bei der Grenzsicherung unterstützt, lassen sich diese Länder politisch stabilisieren. Gleichzeitig könnte verhindert werden, dass Terroristen, getarnt als Flüchtlinge, über diese Staaten in die EU einreisen.